

Außergewöhnliche Belastungen

Inhalt

1 Einleitung

2 Allgemeine außergewöhnliche Belastungen

2.1 Begriffsdefinition

2.2 Zumutbare Belastung

2.3 Krankheitskosten

2.4 Pflegekosten

2.5 Scheidungskosten

2.6 Zivilprozesskosten

2.7 Sanierungskosten

2.8 Sonstige Kosten

**3 Außergewöhnliche Belastungen
in besonderen Fällen**

3.1 Unterhaltskosten

3.2 Sonderbedarf für auswärtig
untergebrachtes Kind

4 Behinderten-Pauschbetrag

1 Einleitung

Private Kosten dürfen im Regelfall nicht in die Einkommensteuererklärung eingehen, da sie keinen Bezug zu einer Einkunftsart aufweisen, wie beispielsweise Werbungskosten eines Arbeitnehmers. Mit den Regelungen zu **außergewöhnlichen Belastungen** macht das deutsche Einkommensteuergesetz allerdings eine Ausnahme. Danach dürfen auch bestimmte (private) Kosten, die **zwangsläufig** entstehen und **außergewöhnlich** sind, in die Einkommensteuererklärung eingehen (beispielsweise Krankheitskosten).

Dieses Merkblatt erklärt Ihnen, welche Kosten Sie als außergewöhnliche Belastungen (allgemeiner und besonderer Art) abziehen können.

2 Allgemeine außergewöhnliche Belastungen

2.1 Begriffsdefinition

Wer im Leben einmal eine besonders schwere Last tragen muss, wird vom Fiskus steuerlich begünstigt. Er darf sein zu versteuerndes Einkommen um einen Teil der Kosten mindern. Aus § 33 Abs. 1 EStG geht hervor, dass außergewöhnliche Belastungen solche Aufwendungen sind, die dem Steuerpflichtigen **zwangsläufig** entstehen und die **außergewöhnlich** sind. Klassischerweise fallen **Krankheitskosten** hierunter. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- **Außergewöhnlich** sind nur solche Kosten, die größer sind, als sie der überwiegenden Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleicher Einkommensverhältnisse, gleicher Vermögensverhältnisse und gleichen Familienstands entstehen. Positiv formuliert: Die Kosten dürfen **nur einer kleinen Minderheit** erwachsen. Sofern sie größere Personengruppen treffen, sind sie als **übliche Kosten** einzustufen, die durch den Grundfreibetrag abgedeckt sind und steuerlich somit nicht abgezogen werden dürfen (wie beispielsweise Kosten der Eheschließung).
- **Zwangsläufig** sind Kosten, denen sich der Steuerpflichtige aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen **nicht entziehen** kann. Er muss also **unausweichlich** mit diesen Kosten konfrontiert sein. Wer sich bewusst in eine bestimmte Situation begibt (beispielsweise einen für ihn nachteiligen Kaufvertrag abschließt) und später die Konsequenzen daraus tragen muss, kann seine Kosten deshalb nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehen.

Hinweis

Bei Krankheitskosten ist das Erfordernis der Zwangsläufigkeit unproblematisch, denn diese gelten selbst dann noch als zwangsläufig entstanden, wenn der Steuerpflichtige seine Krankheit **selbst verschuldet** hat (beispielsweise durch Rauchen, Alkoholkonsum oder Extremsport).

Eine weitere Voraussetzung für den Abzug von außergewöhnlichen Belastungen ist, dass die Kosten **notwendig und angemessen** sind.

2.2 Zumutbare Belastung

Erkennt das Finanzamt die außergewöhnlichen Belastungen an, wirkt sich leider nicht der komplette Betrag steuermindernd aus. Denn als Steuerpflichtiger müssen Sie einen Eigenanteil, die sogenannte **zumutbare Belastung**, selbst tragen. Wie hoch dieser Anteil ist, drückt sich in einem **prozentualen Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte** aus. Verheiratete Steuerpflichtige und Steuerpflichtige mit Kindern werden an dieser Stelle günstiger gestellt als Unverheiratete und Kinderlose. Wie hoch die zumutbare Belastung ist, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Gesamtbetrag der Einkünfte	bis 15.340 €	15.341 € bis 51.130 €	über 51.130 €
bei kinderlosen einzelveranlagten Steuerpflichtigen	5 %	6 %	7 %
bei kinderlosen zusammenveranlagten Steuerpflichtigen	4 %	5 %	6 %
bei Steuerpflichtigen mit ein bis zwei Kindern	2 %	3 %	4 %
bei Steuerpflichtigen mit drei oder mehr Kindern	1 %	1 %	2 %
des Gesamtbetrags der Einkünfte			

Beispiel 1

Der ledige kinderlose Herr Meier macht Krankheitskosten in Höhe von 5.000 € in seiner Einkommensteuererklärung geltend. Sein Gesamtbetrag der Einkünfte beträgt 38.000 €

Das Finanzamt mindert die Krankheitskosten um eine zumutbare Belastung von 2.280 € (6 % von 38.000 €), so dass nur 2.720 € von seinem zu versteuernden Einkommen abziehbar sind.

Bei einem anzunehmenden Grenzsteuersatz von 33 % kann Herr Meier seine Einkommensteuerlast durch die Krankheitskosten also um **898 €** mindern.

Beispiel 2

Die zusammenveranlagten Eheleute Müller haben drei Kinder, ihr Gesamtbetrag der Einkünfte beträgt 50.000 €. Sie machen ebenfalls Krankheitskosten von 5.000 € geltend.

Vorliegend beträgt die zumutbare Belastung nur 1 % von 50.000 €. Somit liegt der selbst zu tragende Eigenanteil bei 500 €, so dass sich die Krankheitskosten bei ihnen mit 4.500 € steuermindernd auswirken.

Bei einem anzunehmenden Grenzsteuersatz von 28 % können die Eheleute Müller ihre Einkommensteuerlast um **1.260 €** mindern.

Kapitalerträge, die der abgeltenden Besteuerung unterliegen, werden **ab dem Veranlagungszeitraum 2012**

nicht mehr in den Gesamtbetrag der Einkünfte eingerechnet, so dass sie künftig nicht mehr die zumutbare Belastung erhöhen. Wenn Sie hohe abgeltend besteuerte Kapitalerträge erzielen, können Sie ab 2012 also einen **höheren Kostenteil** abziehen.

2.3 Krankheitskosten

Als Krankheitskosten können Sie insbesondere Kosten für:

- Arzt- und Heilpraktiker,
- Krankenhausaufenthalte,
- Arzneimittel,
- Praxisgebühr,
- Brillen, Hörgeräte, Zahnprothesen, Zahnimplantate, sowie
- unumgängliche Fahrkosten

abziehen. Voraussetzung für den steuerlichen Abzug ist jedoch stets, dass Sie als Steuerpflichtiger durch die Kosten **tatsächlich belastet** sind. Deshalb müssen **Erstattungen der Krankenkasse oder der Beihilfe** gegengerechnet werden. Gleiches gilt für Schadenersatzleistungen, die ein Geschädigter vom Unfallgegner erhält.

Erstattungen der Krankenkasse und der Beihilfe müssen übrigens auch dann von den abzugsfähigen Krankheitskosten abgezogen werden, wenn sie erst **im Folgejahr geleistet** werden.

Beispiel

Frau Rosenblatt unterzieht sich einer **umfangreichen Zahnbehandlung**, für die ihr in 2011 Kosten in Höhe von 8.000 € entstehen. Ihre Krankenkasse erstattet ihr in 2012 einen Kostenteil von 6.000 €.

Frau Rosenblatt kann in 2011 nur 2.000 € als außergewöhnliche Belastungen geltend machen.

Leistungen aus einer **Krankentagegeldversicherung** werden hingegen nicht auf die Krankheitskosten angerechnet, da sie keine enge Verbindung zum entstandenen Aufwand aufweisen.

Anders sieht es bei **Leistungen aus einer Krankenhaustagegeldversicherung** aus: Sie müssen von den entstandenen Krankenhauskosten in Abzug gebracht werden.

2.3.1 Wie Krankheitskosten nachzuweisen sind

Ein besonders „heißes Eisen“ in der Praxis ist der **Nachweis der Krankheitskosten**. Denn es genügt nicht allein, dass Ihnen zwangsläufige und außergewöhnliche Belastungen entstanden sind - in vielen Fällen müssen Sie auch **besondere Nachweise** erbringen, damit die Kosten steuerlich anerkannt werden.

Als Faustregel gilt dabei: Je lockerer von außen betrachtet der **Zusammenhang zwischen den Kosten und der Krankheit** ist, desto strenger sind die Nachweispflichten, die das Finanzamt fordert.

Hinweis

Der Bundesfinanzhof hatte in 2010 zunächst die Nachweispflichten gelockert und entschieden, dass bestimmte Krankheitskosten durch **alle geeigneten Beweismittel** nachgewiesen werden können. Auf diese günstige Rechtsprechung können Sie sich als Betroffener mittlerweile allerdings nicht mehr berufen, da der Gesetzgeber in Reaktion auf diese Rechtsprechung ein **verschärftes Nachweisverlangen** gesetzlich festgeschrieben hat. Das höchste deutsche Finanzgericht hat diesen „Schachzug“ des Gesetzgebers mittlerweile akzeptiert.

Nach aktueller Rechtslage stellen sich die Nachweispflichten wie folgt dar:

1 Übliche medizinische Behandlungen

Die gute Nachricht vorweg: **Kosten für übliche medizinische Behandlungen** (beispielsweise Kariesbehandlung) müssen dem Finanzamt nicht besonders nachgewiesen werden.

2 Kosten für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel

Wer die **Kosten für Arznei- und Heilmittel** steuerlich abziehen will, muss dem Finanzamt die entsprechende **Verordnung eines Arztes oder Heilpraktikers** vorlegen. Eine solche Verordnung ist auch dann erforderlich, wenn der Steuerpflichtige **Hörgeräte, Brillen oder Prothesen** (sogenannte Hilfsmittel „im engeren Sinne“) anschafft.

3 Kosten für Besuchsfahrten

Auch **Kosten für Besuchsfahrten** zum Krankenhaus können als außergewöhnliche Belastungen angesetzt werden (Ansatz mit 0,30 € pro Fahrtkilometer). Für die steuerliche Anerkennung ist es allerdings erforderlich, dass Sie dem Finanzamt eine **Bescheinigung des behandelnden Krankenhausarztes** vorlegen, wonach der Besuch *„zur Heilung oder Linderung einer Krankheit entscheidend beigetragen hat“*.

Hinweis

In der Praxis dürfte dieses Nachweiserfordernis für wenig Probleme sorgen, da man davon ausgehen kann, dass die behandelnden Ärzte eine solche Bescheinigung häufig ausstellen werden.

4 Besonderer Nachweis für Einzelfälle

Liegt der Zusammenhang zwischen einer Krankheit und bestimmten Kosten für einen Außenstehenden nicht direkt auf der Hand, müssen Sie dem Finanzamt entweder ein vorab ausgestelltes **amtsärztliches Gutachten** oder eine vorab ausgestellte **ärztliche Bescheinigung**

eines medizinischen Dienstes der Krankenversicherung vorlegen.

Hinweis

„Vorab“ bedeutet, dass das Gutachten bzw. die Bescheinigung **vor Beginn der entsprechenden Behandlung** eingeholt werden muss. Wer erst später einen entsprechenden Nachweis einholt, kann seine Kosten nicht steuerlich abziehen. **Eine frühzeitige Beweisvorsorge** ist daher ausdrücklich angeraten!

Die beiden vorgenannten (alternativen) Nachweise sind in folgenden Fällen zu erbringen:

- Bade- und Heilkuren
- psychotherapeutische Behandlungen
- medizinisch notwendige auswärtige Unterbringung eines Kindes, das an Legasthenie oder einer anderen Behinderung leidet
- Betreuung durch eine Begleitperson
- medizinische Hilfsmittel „im weiteren Sinne“ (beispielsweise Gesundheitsschuhe, Magnetmatratzen)
- bei wissenschaftlich nicht anerkannten Behandlungsmethoden (beispielsweise Frischzellenbehandlungen oder Sauerstofftherapien)

2.3.2 Sonderfall: Berufskrankheiten

Sie sollten stets prüfen, ob Ihre Krankheitskosten möglicherweise als **Werbungskosten** oder **Betriebsausgaben** abgezogen werden können. Dies ist bei **typischen Berufskrankheiten** möglich und bei Krankheiten, die Sie sich **nachweislich bei der Berufsausübung „eingefangen“ haben**.

Hinweis

Ein Werbungskosten- bzw. Betriebsausgabenabzug ist günstiger als ein Ansatz als außergewöhnliche Belastung, weil **keine zumutbare Belastung** zum Abzug kommt und die Kosten **im Wege eines Verlustvortrags bzw. -rücktrags** in andere Veranlagungszeiträume übertragen werden können.

Eine Einordnung als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben ist allerdings **schwer zu erreichen**, da häufig kein eindeutiger Zusammenhang zur Berufsausübung nachgewiesen werden kann. So ist ein **Herzinfarkt** nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs beispielsweise **keine typische Berufskrankheit eines Freiberuflers** (auch wenn Freiberufler hier widersprechen mögen!). Der Bundesfinanzhof erklärte, dass ein Herzinfarkt nicht typischerweise einer bestimmten Berufsgruppe zugeordnet werden kann.

Als Berufskrankheit wurden jedoch anerkannt:

- Gelbsucht eines Arztes
- Impingement-Syndrom einer Berufsgeigerin (Krankheit mit eingeschränkter Gelenkbeweglichkeit)

- Stimmprobleme einer Lehrerin
- Vergiftungserscheinungen eines Chemikers
- Sportunfall eines Profifußballers
- Staublung eines Bergmanns
- Strahlenschäden eines Röntgenarztes

2.4 Pflegekosten

Erwachsen Ihnen durch die Pflege einer Person außergewöhnliche Belastungen, können Sie entweder

- die **tatsächlichen Pflegekosten** als außergewöhnliche Belastungen ansetzen oder
- einen **Pflege-Pauschbetrag von 924 €** im Kalenderjahr geltend machen.

Den Pflege-Pauschbetrag können Sie **ohne Aufzeichnungen und Belege** pauschal geltend machen. Er wird vom Finanzamt allerdings nur dann gewährt, wenn

- Sie für die Pflege **keine Einnahmen** erhalten,
- Sie die Pflege im Inland in Ihrer Wohnung oder in der Wohnung des Pflegebedürftigen **persönlich durchführen** und
- die zu pflegende Person **nicht nur vorübergehend hilflos** ist (das heißt länger als sechs Monate).

Hinweis

Wird ein Pflegebedürftiger von mehreren Steuerpflichtigen gepflegt, muss der Pauschbetrag unter den begünstigten Pflegepersonen aufgeteilt werden.

Nach dem Gesetz ist eine gepflegte Person hilfsbedürftig, wenn sie für eine Reihe von häufig und regelmäßig wiederkehrenden existenziell notwendigen Verrichtungen, die tagtäglich anfallen, dauernd **fremder Hilfe** bedarf (wie beispielsweise beim An- und Ausziehen, bei der Körperpflege oder beim Essen und Trinken).

2.5 Scheidungskosten

Wenn eine Ehe in die Brüche geht, können die **Kosten für ein Scheidungsverfahren** ebenfalls als außergewöhnliche Belastungen abgesetzt werden, darunter die Gerichts- und Anwaltskosten für die Scheidung und für den Versorgungsausgleich.

Hinweis

Scheidungskosten gelten stets als zwangsläufig, unabhängig davon, wer die Schuld an der Trennung trägt.

Kosten, die eine Scheidung **nach sich zieht**, dürfen allerdings keinen Eingang in die Einkommensteuererklärung finden (beispielsweise Kosten für vermögensrechtliche Regelungen, für Umgangs- und Sorgerechtsfragen). Auch Kosten, die vor der Trennung entstanden sind (beispielsweise für einen Detektiv oder eine Partnermediation), sind nicht abziehbar.

2.6 Zivilprozesskosten

Ob die Kosten für einen **Zivilprozess** steuerlich abzugsfähig sind, wird von Rechtsprechung und Finanzverwaltung derzeit unterschiedlich beantwortet.

Der Bundesfinanzhof meint, dass Zivilprozesskosten **aus rechtlichen Gründen zwangsläufig** entstehen und daher als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden dürfen. Für den Abzug setzt das Gericht lediglich voraus, dass die Rechtsverfolgung oder -verteidigung aus damaliger Sicht **hinreichend erfolgversprechend** war.

Hinweis

Diese Einschränkung soll verhindern, dass leichtfertig oder mutwillig eingegangene Prozesse steuerlich abziehbar sind. In der Praxis ist dies jedoch schwer zu handhaben, da die Entscheidung über den potentiellen Erfolg oder Misserfolg eines Prozesses meist nur **sehr subjektiv** getroffen werden kann. Streit mit dem Finanzamt ist meist vorprogrammiert.

Das Bundesfinanzministerium hat in einem sogenannten Nichtanwendungserlass erklärt, dass es die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs nicht anwendet. Die Finanzämter müssen die **Rechtsprechung somit ignorieren** und weiterhin nach den bisherigen (weitaus strengeren!) Abzugsvoraussetzungen verfahren, wonach die Kosten nur dann abziehbar sind, wenn der Rechtsstreit **eine existentielle Bedeutung** für den Steuerpflichtigen hat. Das heißt: Ohne Prozessführung muss der Steuerpflichtige Gefahr laufen, **seine Existenzgrundlage** zu verlieren. Nur dann dürfen die Kosten abgezogen werden.

Hinweis

Die Finanzämter müssen nach der derzeitigen Weisungslage also immer dann den Rotstift ansetzen, wenn ein Prozess **nicht existentiell notwendig** ist. Als Betroffener sollten Sie aber gute Karten haben, wenn Sie gegen eine Kürzung des Finanzamts gerichtlich vorgehen. Denn die Richter werden sich vermutlich eher an den Grundsätzen des Bundesfinanzhofs orientieren als am Nichtanwendungserlass des Bundesfinanzministeriums.

Bitte vereinbaren Sie in einem solchen Fall einen Beratungstermin mit uns. Wir prüfen gerne gemeinsam mit Ihnen, ob es sich lohnt, gegen eine Nichtanerkennung von Prozesskosten vorzugehen.

2.7 Sanierungskosten

Auch Sanierungskosten können Sie als außergewöhnliche Belastungen abziehen, allerdings nur dann, wenn die Kosten **zwangsläufig und außergewöhnlich** sind. Ein Abzug der Kosten ist daher meist nur möglich, wenn **konkrete Gesundheitsgefahren** abgewendet werden sollen. Nach der Rechtsprechung können folgende Sanierungsmaßnahmen anerkannt werden:

- Sanierung eines geruchsbelasteten Gebäudes
- Abschirmung einer Wohnung aufgrund erhöhter Mobilfunkstrahlung (Elektrosmog)
- Sanierung infolge einer Asbestbelastung
- Sanierung infolge von Befall mit echtem Hauschwamm (holzerstörender Pilz)
- Baumfällarbeiten auf dem eigenen Grundstück infolge einer Pollenallergie

Der Bundesfinanzhof hat kürzlich den Fall einer **Asbestsanierung** untersucht und die folgenden Voraussetzungen formuliert, die für einen Abzug als außergewöhnliche Belastungen erfüllt sein müssen:

- Die Sanierung muss einen Gegenstand des **existenznotwendigen Bedarfs** betreffen, wie beispielsweise die eigengenutzte Wohnung.
- Von diesem Gegenstand müssen **konkrete Gesundheitsgefährdungen** ausgehen.
- Den Grundstückseigentümer darf **kein Verschulden** an der Belastung (hier: mit Asbest) treffen.
- Die Belastung darf im Zeitpunkt des Grundstückserwerbs **noch nicht erkennbar** gewesen sein.
- Es dürfen **keine realisierbaren Ersatzansprüche** gegen Dritte bestehen (beispielsweise Versicherungen).
- Die Sanierungsmaßnahme darf nicht der **Beseitigung von üblichen Baumängeln** dienen.

Die aufgezählten Grundsätze lassen sich auch auf Sanierungskosten **infolge anderer Belastungen** übertragen.

Hinweis

Wie bei den Krankheitskosten auch, sollten Sie als betroffener Steuerpflichtiger immer nachweisen können, dass Sie sich den Sanierungskosten aus tatsächlichen Gründen **nicht entziehen konnten**. Daher sollten Sie vor dem Beginn einer Sanierungsmaßnahme unbedingt entsprechende **Gutachten einholen** und die Beeinträchtigung **ausführlich dokumentieren** (beispielsweise durch Fotos, Aussagen von Freunden und Nachbarn etc.).

2.8 Sonstige Kosten

2.8.1 Beerdigungskosten

Können die Kosten für eine Beerdigung **aus dem Nachlass der verstorbenen Person bestritten** werden, sind sie nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehbar. Denn in diesem Fall belasten die Kosten nur das übernommene Vermögen und nicht den Erben selbst als einkommensteuerpflichtige Person. Kein Abzug ist zudem möglich, wenn die Kosten durch Sterbegelder oder entsprechende Versicherungen abgedeckt werden können.

Anders ist der Fall gelagert, wenn die Kosten nicht aus dem Nachlass bestritten werden können, der Steuerpflichtige sie aber aus einer **sittlichen Verpflichtung** heraus selbst trägt. Steuerlich abziehbar sind dann die **unmittelbaren Bestattungskosten** (einschließlich Überführungskosten), nicht aber die Kosten für Grabpflege, Trauerkleidung und Anreise der Angehörigen zur Trauerfeier.

2.8.2 Umzugskosten

Umzugskosten können Sie als außergewöhnliche Belastungen abziehen, wenn der Umzug **wegen einer Krankheit** erfolgen muss. Der Bundesfinanzhof hat einen solchen Fall beispielsweise angenommen, wenn eine Familie ihre Wohnung im dritten Stock aufgab, weil ihr Kind gelähmt ist.

Hinweis

Erfolgt ein Umzug aus **privaten Gründen**, dürfen Sie die Kosten nicht als außergewöhnliche Belastungen abziehen. Die gezahlten Lohnkosten an den Umzugsunternehmer dürfen Sie dann allerdings als **haushaltsnahe Dienstleistungen** absetzen.

Wenn Sie aus **beruflichen Gründen** umziehen, können Sie die Kosten als **Werbungskosten oder Betriebsausgaben** abziehen.

3 Außergewöhnliche Belastungen in besonderen Fällen

3.1 Unterhaltskosten

Tragen Sie Kosten für den **Unterhalt oder die Berufsausbildung** einer anderen Person, können Sie diese als außergewöhnliche Belastung abziehen. Bis einschließlich 2012 galt dafür eine Grenze von 8.004 € pro Jahr (zuzüglich bestimmter übernommener Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge). Es ist damit zu rechnen, dass die Grenze wegen der Anhebung des Grundfreibetrags für das Jahr 2013 auf 8.130 € und für 2014 auf 8.354 € steigt.

Voraussetzung für den steuerlichen Ansatz ist, dass

- die unterstützte Person Ihnen oder Ihrem Ehegatten gegenüber **gesetzlich unterhaltsberechtig** ist (beispielsweise Kinder, Eltern, Großeltern),
- Sie für die unterstützte Person **keine Kinderfreibeträge und kein Kindergeld** beanspruchen können und
- die unterstützte **Person kein oder nur ein geringes Vermögen** besitzt.

Hinweis

Von einem **geringen Vermögen** geht die Finanzverwaltung aus, wenn die unterstützte Person **nicht mehr als 15.500 €** besitzt (Verkehrswerte maßgeblich!). Sofern das Vermögen größer ist, fehlt es an der Zwangsläufigkeit der Unter-

haltsaufwendungen, so dass sie steuerlich nicht abziehbar sind. Der Wert einer **selbstgenutzten Wohnung** der unterstützten Person darf allerdings unberücksichtigt bleiben, sofern diese **angemessen** ist. Eine **selbstbewohnte Villa** hingegen wird mangels Angemessenheit eingerechnet, so dass die Bedürftigkeit des Unterhaltsempfängers entfällt.

Eigene Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person mindern den abziehbaren Höchstbetrag. Nach dem Einkommensteuergesetz müssen zunächst die Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person (aus dem Jahr der Unterhaltszahlung) zusammengerechnet werden, dann dürfen davon 624 € abgezogen werden (sog. anrechnungsfreier Betrag). Das Ergebnis mindert den Höchstbetrag.

Beispiel

Herr Friedrich hat seine Mutter im Jahr 2012 mit 10.000 € unterstützt. Sie verfügt selbst über Einkünfte und Bezüge von 6.000 € jährlich.

Für den steuerlichen Abzug von Unterhaltsleistungen ist zu rechnen:

Höchstbetrag	8.004 €
Einkünfte und Bezüge der Mutter	6.000 €
anrechnungsfreier Betrag	- 624 €
anzurechnen sind	5.376 €
steuerlich abziehbar sind	2.628 €

Von seinen Unterhaltsleistungen kann Herr Friedrich somit **nur 2.628 €** als außergewöhnliche Belastung steuerlich geltend machen.

3.2 Sonderbedarf für auswärtig untergebrachtes Kind

Eltern können für ihr Kind einen **Freibetrag für Sonderbedarf in der Berufsausbildung** von 924 € abziehen, wenn das Kind

- volljährig ist,
- sich in einer Berufsausbildung befindet und
- auswärtig untergebracht ist.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Eltern für das Kind einen **Anspruch auf Kinderfreibeträge oder Kindergeld** haben.

Hinweis

In der Einkommensteuererklärung 2012 kann der Freibetrag auf Seite 2 der Anlage Kind (Zeilen 51 bis 53) beantragt werden.

Bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2011 muss der Freibetrag noch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes gekürzt werden, die über einen anrechnungsfreien Betrag von 1.848 € pro Jahr hinausgehen.

Beispiel

Die Eheleute Schmidt machen in ihrer Einkommensteuererklärung 2011 für ihre volljährige Tochter, die in Münster studiert, einen **Freibetrag für Sonderbedarf in der Berufsausbildung** geltend. Die Tochter erzielt durch einen Studentenjob Einkünfte von 2.000 €.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

Freibetrag		924 €
Einkünfte des Kindes	2.000 €	
anrechnungsfreier Betrag	1.848 €	
auf den Höchstbetrag anzurechnen sind somit	152 €	
gekürzter Freibetrag		772 €

Die Eheleute Schmidt können somit nur einen Freibetrag von 772 € abziehen.

Seit dem Veranlagungszeitraum 2012 wird das Kindes-einkommen nicht mehr auf den Freibetrag angerechnet. Ab dann kann das Kind also unbegrenzt hinzuverdienen.

4 Behinderten-Pauschbetrag

Behinderte Menschen können in ihrer Einkommensteuererklärung wählen, ob sie

- die tatsächlichen Kosten für ihre Behinderung als allgemeine außergewöhnliche Belastungen geltend machen oder ob sie
- einen pauschalen **Behinderten-Pauschbetrag** abziehen, der sich nach dem Grad der Behinderung bemisst.

Die Pauschbeträge sind wie folgt gestaffelt:

Höhe des Behindertenpauschbetrags ¹	
Grad der Behinderung	Pauschbetrag
25 bis 30	310 €
35 bis 40	430 €
45 bis 50	570 €
55 bis 60	720 €
65 bis 70	890 €
75 bis 80	1.060 €
85 bis 90	1.230 €

¹ Bei Hilflosigkeit und Blindheit erhöht sich der Pauschbetrag auf 3.700 €

Der Behinderten-Pauschbetrag kann auch von den **Eltern eines behinderten Kindes**, für das ein Kindergeldanspruch bzw. ein Anspruch auf Kinderfreibeträge besteht, abgezogen werden.

Voraussetzung ist allerdings, dass das Kind den Pauschbetrag nicht selbst in Anspruch nimmt. Bei der Übertragung auf die Eltern wird der Pauschbetrag grundsätzlich **zur Hälfte** auf beide Elternteile aufgeteilt.

Auf gemeinsamen Antrag der Eltern ist aber auch ein **anderes Aufteilungsverhältnis** möglich.

Ihr Steuerberater steht Ihnen gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Rechtsstand: Januar 2013

Alle Informationen und Angaben in diesem Mandanten-Merkblatt haben wir nach bestem Wissen zusammengestellt. Sie erfolgen jedoch ohne Gewähr. Diese Information kann eine individuelle Beratung im Einzelfall nicht ersetzen.